Wolfgang Storz: Medien und Dritter Weg

Dr. Wolfgang Storz, geb. 1954 in Tuttlingen/Württ., Studium der Verwaltungswissenschaften in Konstanz, war von 1985 bis 1996 politischer Korrespondent in Bonn und ist seit 1998 Chefredakteur von "metall" und weiterer Publikationen der IG Metall.

Wenn bereits beseelte Pragmatiker es wagen, ihr tägliches Tun mit Werten in Verbindung zu bringen, dann ist es Zeit, sich ihnen in den Weg zu stellen. Zumal das Schröder-Blair-Papier ausreichend Stoff in sich birgt, um den amtierenden Kanzler und Parteivorsitzenden der SPD zum Anwärter auf den Titel eines Helden des Rückzugs zu machen; Michail Gorbatschow wurde einst von Hans Magnus Enzensberger zu einem solchen politischen Konkursverwalter erklärt, weil dieser die realsozialistische Sowjetunion, Idee samt Staatsgefüge, friedlich abgewickelt habe. Ist nun die Sozialdemokratie an der Reihe?

Bisher ist niemand auf die Idee gekommen, Gerhard Schröder nachzusagen, er verfolge eine Idee; außer der, ausgerechnet an der Spitze eines Kanzleramtes einer Arbeit nachgehen zu wollen, die sich – aus seiner Sicht - jeden Tag von neuem bestimmt. Aber nun hat der Kanzler ein Schriftstück herausgegeben, dass inhaltlich schwer verortbar zu sein scheint. Unternehmer lesen einen Kurswechsel in ihrem Sinne heraus; wenn das noch möglich ist. Manche Linke, manche Gewerkschafter sagen, es sei zu vage, als dass man sich damit beschäftigen müsse. Andere meinen – vor allem aus der Furcht heraus, nicht schon wieder als Neinsager abgestempelt zu werden -, die Worte seien wenigstens so allgemein, dass sie quasi als leere Gefäße angesehen und somit wahlweise mit linken und emanzipatorischen Inhalten gefüllt werden könnten.

Verwirrung stiftet auch das Nichtwissen über den Stellenwert des Papieres: Ist es nun der Auftakt für eine Grundsatzdebatte der SPD? Oder ist es eine „theoretische“ Grundlage für die Arbeit der rot-grünen Regierung? Aber seit wann benötigen Regierungen Grundsätze für ihre Arbeit? Das wäre etwas Neues.

Die Ideologie der Pragmatiker

Grübeleien in Ehren, aber das Entscheidende ist niedergeschrieben: Mit jenen schicken Signalwörtern, aus der heute jede Unternehmens-Philosophie zusammengesetzt ist, wird ein

„Dritter Weg“ markiert. Er führt dorthin, wohin alle Reformer heute eilen: nach vorne, selbstverständlich. Das Detail regelt der jeweils amtierende Finanzminister. Und das Prinzip lautet: Der Apparat des Staates, seine Einnahmen, Aufgaben und Instrumente werden so verändert, dass er gerade noch stark genug ist, die Wirtschaft zu fördern. Ein Staat ist ein Schröderscher Staat ist ein moderner Staat, wenn er die Wirtschaft wirtschaften lässt. Und der moderne Mensch denkt, fühlt und handelt wie ein Unternehmer. Jürgen Habermas hat dies aus der Ideologie des Neoliberalismus herausgelesen: Allen Bürgern wird abverlangt, sich „zu Unternehmern ihres eigenen Humankapitals auszubilden“. Nur der Mensch, der sich so definiert, hat den Schröderschen Staat hinter und nicht gegen sich. So schreiben Schröder und Blair folgerichtig über den Sozialstaat, als sei dieser im Prinzip ein Feind ihres „Dritten Weges“. Wie liebevoll gehen sie dagegen mit dem Markt um: ihn bloß nicht berühren, gar erschrecken, während er seine Arbeit verrichtet. Hat er, der Markt, doch immer recht und ist er doch damit - in einer Leistungsgesellschaft - von höherem Wert.

Es hat keinen Sinn, sich länger mit Rätselraten aufzuhalten, was wie gemeint sein könnte. Das, was in dem Papier steht, das, was fehlt, die Wahl der Worte und das zugrunde liegende Motiv der Autoren zwingt zu dem Schluss, dass dies Schröders erster Akt ist, die Sozialdemokratie mit ihren Werten und Traditionen abzuwickeln - nicht weiterzuentwickeln.

Wer noch Zweifel bezüglich dieser Grundeinstellung hegt, der möge nur die Anzeigen, mit denen die Bundesregierung für ihr Sparpaket wirbt, anschauen: „Gezielte Schnitte fördern das Wachstum.“ Der Kanzler als Gärtner, der die faulen Äste abschneidet, und alles wird gut.

Wer noch Zweifel bezüglich der Motive hegt, möge lesen, was Anthony Giddens mit seinem Weg im Sinne hat und was in der deutschen Debatte, seit sie hochgekommen ist, nirgendwo zu lesen ist: Beispielsweise ist Gleichheit für ihn „immer noch ein zentrales Thema“. Er plädiert für „eine Demokratisierung des täglichen Lebens“. Er fordert angesichts der Globalisierung „nicht weniger, sondern mehr Regierung“.

Auch er hört sich vage an. Aber in diesen schemenhaften Umrissen seines „Dritten Weges“ ist mehr Lafontaine und weniger Schröder zu erkennen.

Alte Begriffe neu besetzen

Das Spannende und zugleich Entscheidende ist: Die Botschaft von Tony Blair und Gerhard Schröder wirkt so selbstverständlich, zwangsläufig, als gebe es keine Alternativen. Und so wird auch die Botschaft von den meisten Medien entgegengenommen und weitergegeben.

Der Boden ist bereitet, vor allem durch eine jahrelange gebetsmühlenartige Verkündung einfachster neoliberaler Schlagwörter und Thesen, die Interessen und nicht Erfahrungen entspringen und trotzdem das Denken von Millionen Menschen prägen; ein strategisches Meisterwerk von konservativen Denkfabriken, Medien, Wirtschaftsführern und Politikern. Schröder scheint eines der prominentesten Opfer zu sein.

Die Diskussion über das Schröder-Blair-Papier darf nicht als (europawahl-kampftaktische) Eintagsfliege abgetan werden. Geht es doch um eine Grundsatzdebatte, um das Bild des Menschen in einer internationalisierten, wenn nicht sogar globalisierten Wirtschaft sowie um die Rolle des Staates, die Organisation von neuen Schutzrechten für Arbeitnehmer und um die Rolle der Gewerkschaften in dieser sich grundlegend verändernden Welt.

Und es geht um die Frage, ob mit den Schlagwörtern und Thesen der Neoliberalen gebrochen werden kann. Es ist eine Auseinandersetzung um Aufmerksamkeit und Denken der

Menschen - um geistige Hegemonie. Darum, wer die Debatte bestimmt. Wer die Begriffe besetzt. Wer agiert. Wer reagiert. Wer Wirklichkeit definiert.

Was ist modern? Wer ist modern? Konservative und Unternehmer haben Begriffe besetzt und sie mit ihren Inhalten gefüllt. Andersherum gesagt: SPD und Gewerkschaften haben sich die Begriffe wegnehmen lassen. Auch, weil sie nur Altes verteidigt, nicht zugleich grundlegend neues Denken gewagt haben. Einfach weiterdenken ist eben verführerisch einfach; umdenken nicht. Wer ist denn modern? Tony Blair? Oder William H. Beveridge, der einst aus dem Kampf gegen Armut Rechte auf Hilfe für alle Bürger in Großbritannien durchsetzte? Gerhard Schröder oder Helmut Schmidt, der vor einem „Raubtierkapitalismus" warnt und sich sorgt, dass die Mehrheit der Manager nur den Profit und nicht mehr das Gemeinwohl im Kopf haben? Olaf Henkel oder der Finanzspekulant George Soros, der die Politik des „Marktfundamentalismus" als zerstörerisch für offene Gesellschaften einschätzt?

Und was sagt uns das hochgerühmte Beispiel Niederlande? Ist der Erfolg überhaupt ein Erfolg? Und wenn ja, ist er Ergebnis von Flexibilität und Lohnzurückhaltung? So die herrschende Definition. Oder ist er nicht zuallererst eine Bestätigung der Politik der Gewerkschaften: Teilzeitarbeit in diesem Umfang ist nun einmal nichts anderes als eine groß angelegte Politik der Umverteilung von Arbeit von wenigen auf viele Schultern.

Wer die Definition bestimmt, hat ein Stück Vorherrschaft im Meinungsstreit. Und das bedeutet in einer Mediengesellschaft: mehr Einfluss.

Was erntet Aufmerksamkeit und was nicht?

Deutschland sei ein Hochsteuerland. Seit Jahren plappern es alle nach: Die Zahlen über die tatsächliche Belastung, die dieses Urteil widerlegen, werden in den Medien zwar erwähnt, aber sie dringen nicht durch.

Es geht auch um die Interpretation dessen, was war. Ein fast schon geflügeltes Wort sagt, Keynesianismus führe nur in die Irre - siehe die siebziger Jahre. Ende der siebziger Jahre gab es noch unter der Regentschaft von Helmut Schmidt das ZIP, ein Zukunftsinvestitionsprogramm; der Staat finanzierte industriepolitisch wichtige Infrastrukturvorhaben. Die Ergebnisse konnten sich sehen lassen. Es gibt also gute Erfahrungen mit großen öffentlich finanzierten Investitionsprogrammen.

Den Mainstream fest im Blick

Die kommerziellen Medien taugen nur bedingt für solche Auseinandersetzungen, ob es um das tägliche Konkrete oder das zukünftige Grundsätzliche geht.

Es ist richtig: Irgendwo steht alles. Die Medien – es sind ja inzwischen so viele – transportieren auch Informationen und Meinungen, die außerhalb des Mainstreams sich bewegen, wenigstens in irgendeiner Ecke. Aber der große Korridor, in dem sie sich mit ihren Nachrichten, Analysen und Meinungen bewegen, der wird bestenfalls inhaltlich von dem abgesteckt, was zwischen den großen politischen Kräften in Bonn, also zwischen dem Mainstream in den Regierungsparteien und dem Mainstream in den Oppositionsparteien verhandelt wird; vor allem bei den Themen, die den Gewerkschaften wichtig sind, ist das Spektrum meist noch enger. Das gilt im Großen wie im Kleinen: Wenn die Regierung entscheidet, in den Krieg gegen Serbien miteinzutreten, und die Union marschiert mit, dann schwindet automatisch

der Platz für Informationen und Argumente gegen den Krieg; er wandert bestenfalls auf die hinteren Seiten.

Walter Riester und Jürgen Trittin haben es zu spüren bekommen, wie schwierig es ist, mit den eigenen Argumenten und Informationen authentisch durchzukommen, wenn man von dem abweicht, was jeweils in einem feinen und hochkomplexen Meinungs- und Interessenabtasten zwischen den jeweils aktuellen Meinungsführern gerade als Mainstream ausgelotet worden ist. Da kann der Arbeitsminister schon einmal zum Mafioso werden, ohne dass das dem Kanzler auch nur ein Wort wert ist.

Wenn also in Bonn keine anerkannte politische Kraft – die PDS zählt nicht - für die Ausbildungsplatzabgabe ist oder …, dann findet dieses jeweilige Thema, einschließlich der dazugehörenden Informationen, Argumente und Meinungen, auch keinen Platz in den nennenswerten Medien. So kann sich jeder die Wirkung auf die öffentliche Debatte um den „Dritten Weg“ und beispielsweise um eine solidarische Arbeitsmarkt-Politik ausmalen, wenn es dem Kanzler gelingen sollte, seiner Partei ein neues Fundament im Sinne des jüngst publizierten Manifestes einzuziehen, wenn also die SPD endgültig als politischer „Arm“ der Gewerkschaften abfiele.

Vor diesem Hintergrund: Wo soll denn dann noch unter fairen sachlichen Bedingungen eine Auseinandersetzung beispielsweise über die Forderung nach einer 28-Stunden-Woche geführt werden? Es wäre wohl zu heikel, sich bei solchen Debatten, bei denen Gewerkschafts-Politik neu hergestellt wird, bei denen sich Gewerkschaften auch gegenseitig ihrer Politik vergewissern müssen, den Launen und Zwängen kommerzieller Medien auszusetzen. Da war in diesem Frühjahr die Kampagne von liberalen Blättern gegen die Sozial-Mafia doch hoffentlich eine Lehre.

Weitere, strukturelle Gegebenheiten kommen hinzu. Kommerzielle Medien sind dazu da, Geschäfte zu machen. Wozu denn sonst? Die Zeiten, in denen dieses überdeckt und gemildert worden ist, unter anderem von namhaften Verlegern, denen solide Informationen und Aufklärung noch am Herzen lagen, die in ihren Medienprodukten noch ein Kulturgut, nicht nur ein Wirtschaftsgut sahen, sind vorbei.

So sind die Zwänge zur Zuspitzung, zur täglichen Vergesslichkeit, zur Inszenierung von inhaltlichen Disputen als persönliche Machtkämpfe – natürlich von (nicht wenigen) Ausnahmen abgesehen - prägend für die tägliche Arbeit in den Redaktionen geworden.

Und dann halt noch das alte Lied: Gewerkschaften traut man letztlich nicht. Spätestens der leitende Redakteur nicht, der einen Artikel zum Gegenlesen auf dem Schreibtisch liegen hat, in dem beim Abwägen von Interessen und Positionen sich die Waage einmal zugunsten der Gewerkschaften zu neigen droht; wir reden hier vom Alltag und nicht von Ausnahmen und nicht von der „Frankfurter Rundschau“ und nicht von anderen Medien, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit publiziert werden.

Auf eigenen Beinen stehen

Die Gewerkschaften sollten selbst die Debatte (wieder)eröffnen. Auf eigenem Terrain, aber offen für alle anderen.

Warum die Konservativen Zukunftskommissionen einsetzen, warum sich Banken auf Symposien Gedanken über den Kapitalismus, die Brüderlichkeit und die Arbeitswelt im anstehenden Jahrtausend machen, aber nicht die Gewerkschaften, die mit Verlaub in Theorie und Praxis die Arbeitswelt- und Wirtschaftsexperten sind, das möge verstehen wer will.

Die anderen gesellschaftlichen Kräfte müssen sich an den Konzepten der Gewerkschaften abarbeiten - nicht umgekehrt.

Das Leitbild der Vollbeschäftigung und des Normalarbeitsverhältnisses ist in Frage gestellt - in Anbetracht der ständig steigenden Produktivität und des ständig sinkenden gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeitvolumens. Die Arbeitsverhältnisse sind heute bereits so unterschiedlich, dass einheitliche Modelle von Arbeitszeitverkürzung nicht mehr funktionieren werden. Die Rolle des Staates muss neu bestimmt werden. Er benötigt neue Instrumente, beispielsweise um Arbeitnehmer auch in einer globalisierten Wirtschaft schützen zu können. Er wird seine Verantwortung nicht einschränken dürfen, aber die Formen seines Handelns gravierend ändern müssen. Und wie kann als selbstverständlich hingenommen werden, dass Technik, Internationalisierung und wirtschaftliche Interessen dem Menschen ständiges Lernen, Umlernen und Umstellen abverlangen. Was ist mit denen, die nicht können und die – vielleicht nach 20 Jahren Arbeitsleben - nicht (mehr) wollen? Wir reden nicht nur über Hunderttausende, die am so genannten Rande der Gesellschaft stehen, sondern über Millionen, die sich in der Mitte bewegen müde von der ständigen Unsicherheit.

Eigene Marktplätze

Aber wo soll das alles diskutiert werden? Wo wird darüber seriös, solide und im Zusammenhang berichtet und informiert? In den herkömmlichen kommerziellen Medien? In Sat 1, Pro 7, Spiegel-TV, Focus, dem Handelsblatt, den Tages- und verbliebenen Wochenzeitungen?

Die Gewerkschaften sind dabei, ihre Publizistik zu renovieren und das mit ersten beachtlichen Erfolgen. Es spricht viel dafür, dass die Gewerkschaften gerade in einer Mediengesellschaft starke eigene periodische Medien brauchen: nicht nur wegen der bereits genannten Gründe, sondern auch wegen der Informations-Überflutung, die viele nach verlässlichen Pfadfindern rufen lassen; gerade wegen der großen Zahl von Medien, die die Gesamtöffentlichkeit in eine unübersehbare Zahl von (regionalen und fachlichen) Teil-Öffentlichkeiten zerfallen lässt, in denen Gewerkschaften, deren Werte, Themen und Vorstellungen kaum zu Wort kommen; gerade wegen des Kommerzialisierungsdrucks, dem die herkömmlichen Medien ausgesetzt sind.

Diese gewerkschaftlichen Medien, die zuallererst der gewerkschaftlichen Idee und nicht wie einst allein dem Vorstands-Apparat verpflichtet sein müssen, können die Marktplätze sein, auf denen Gewerkschafter sich über ihre künftige Politik streiten können, auf denen unter verlässlichen Bedingungen, nicht aus Zusammenhängen gerissen, sondern in einen Zusammenhang gestellt, Analysen und Informationen ausgetauscht werden können. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass diese Medien nur wirken, wenn sie in Sprache und Gestaltung den Standards einer Mediengesellschaft entsprechen. Dies ist die Voraussetzung, um wiederum mit mehr als nur mit aktuellen Stellungnahmen zu aktuellen Themen in die Gesellschaft hineinzuwirken. So könnten werte-haltige Gewerkschaftsmedien die festgestellten Defizite der werte-losen kommerziellen Medien ausgleichen und zugleich ihre Renaissance einleiten.